Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Bauausschusses der Gemeinde Pullach i. Isartal

Sitzungsdatum: Montag, 05.11.2018
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:55 Uhr
Ort: im großen Sitzungssaal des Rathauses

Vorsitzende

Susanna Tausendfreund

Ausschussmitglieder

Johannes Burges jun.
Arnulf Mallach jun.
Dr. Walter Mayer
Benno Schroeder
Reinhard Vennekold
Wilhelm Wülleitner
Cornelia Zechmeister

1. Stellvertreter

Marianne Stöhr

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Fabian Müller-Klug

GR Müller-Klug entschuldigt, vertreten durch
GRin Stöhr.

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der Ausschussmitglieder und der Beschlussfähigkeit des Bauausschusses
- 1.2 Genehmigung der vorgelegten Tagesordnung
- 1.3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Bauausschusssitzung vom 17.09.2018
- 2 Bürgerfragestunde
- 3 Fragestunde der Ausschussmitglieder
- 4 Antrag auf Baugenehmigung zum Neubau eines Einfamilienhauses mit Einliegerwohnung auf dem Anwesen An der Anton-Köck-Straße, Fl.-Nr. 227/42
- 5 Antrag auf Baugenehmigung zum Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage auf dem Anwesen An der Anton-Köck-Straße, Fl.-Nr. 227/42
- 6 Bauvoranfrage zum Neubau eines Mehrgenerationenhauses auf dem Anwesen Theodor-Körner-Str. 16, Fl.-Nr. 210/69
- 7 Antrag auf Baugenehmigung zum Neubau eines Einfamilienhauses mit Tiefgarage und Stellplätze auf dem Anwesen Georg-Kalb-Str. 12a, Fl.-Nr. 426/9
- 8 Antrag auf Baugenehmigung zum Neubau eines Einfamilienhauses sowie einer Garage und zweier Stellplätzen auf dem Anwesen Wettersteinstr. 29, Fl.-Nr. 441/36
- 9 Antrag auf Baugenehmigung zum Umbau eines Einfamilienhauses und Erweiterung einer Doppelgarage auf dem Anwesen Wolfratshauer Str. 39, Fl.-Nr. 210/45
- 10 Antrag auf isolierte Befreiung zum Neubau einer Doppelgarage auf dem Anwesen Wolfratshauer Str. 75, Fl.-Nr. 284/15
- 11 Antrag auf isolierte Befreiung zur Erhöhung der Werkseinfriedung auf 2,0 m auf dem Anwesen Dr.-Carl-von-Linde-Str. 6-14, Fl.-Nrn. 379
- 12 Antrag auf isolierte Befreiung zur Überdachung vorhandener offener Stellplätze auf dem Anwesen Pater-Rupert-Mayer-Str. 38, Fl.-Nr. 225/10
- 13 Antrag auf isolierte Befreiung zum Neubau eines Carports und Toranlage auf dem Anwesen Kastanienallee 11, Fl.-Nr. 797
- 14 Wiedervorstellung des Entwurfs von der Überarbeitung der Satzung über die Nachweispflichten von Garagen, Stell- und Abstellplätzen (Stellplatzsatzung)
- 15 Allgemeine Bekanntgaben

Öffentliche Sitzung

TOP 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der Ausschussmitglieder und der Beschlussfähigkeit des Bauausschusses

Die Erste Bürgermeisterin Frau Susanna Tausendfreund begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der Ausschussmitglieder sowie der Beschlussfähigkeit des Bauausschusses nach Art. 47 Abs. 2 GO.

TOP 1.2 Genehmigung der vorgelegten Tagesordnung

Das Gremium genehmigt die vorgelegte Tagesordnung.

TOP 1.3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Bauausschusssitzung vom 17.09.2018

Der Bauausschuss genehmigt die Niederschrift seiner Sitzung vom 17.09.2018.

TOP 2 Bürgerfragestunde

keine

TOP 3 Fragestunde der Ausschussmitglieder

keine

TOP 4 Antrag auf Baugenehmigung zum Neubau eines Einfamilienhauses mit Einliegerwohnung auf dem Anwesen An der Anton-Köck-Straße, Fl.-Nr. 227/42

GR Mallach beantragt, dass der zweite Satz von Ziffer 3. „(...) Sollte der Abweichungsgrund wegfallen, wird das Landratsamt München ergänzend zu diesen Beschluss gebeten nach Art. 49 BayVwVerfG einen Widerspruchsvorbehalt als Auflage in den Bescheid aufzunehmen bzw. festzusetzen, dass der 4-te Stellplatz nachträglich errichtet werden muss (...)“ gestrichen wird.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 5

Beschluss:

1. Der Antrag auf Baugenehmigung zum Neubau eines Einfamilienhauses mit Einliegerwohnung wird unter der Maßgabe befürwortet, wenn das Grundstück wie beantragt real geteilt worden ist und die Erschließung für das rückwärtige Grundstück mit Geh-, Fahr- und Lei-

tungsrecht gesichert ist. Das Landratsamt München wird gebeten dies als Auflage im Genehmigungsbescheid festzusetzen.

2. Das Einvernehmen zur Befreiung gemäß § 31 Abs. 2 BauGB wegen Überschreitung der Geschosßfläche um ca. 67 m² auf eine GFZ von 0,40 (Ziffer A.3.c) wird unter der o.g. Bedingung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 10 „Richard-Wagner-Straße Süd“ erteilt.
3. Das Einvernehmen zur Abweichung gemäß Art. 63 BayBO von § 3 Abs. 1 der Stellplatzsatzung wegen Errichtung von 3 Stellplätzen anstatt der erforderlichen 4 Stellplätzen wird unter den u.g. Bedingungen nach Ziffer 4. zum Schutz der ortsbildprägenden Lärche erteilt. Sollte der Abweichungsgrund wegfallen, wird das Landratsamt München ergänzend zu diesen Beschluss gebeten nach Art. 49 BayVwVerfG einen Widerspruchsvorbehalt als Auflage in den Bescheid aufzunehmen bzw. festzusetzen, dass der 4-te Stellplatz nachträglich errichtet werden muss.
4. Die Stellungnahme der Abteilung Umwelt wird Bestandteil des Beschlusses:
„(...) von Seiten der Abteilung Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz bestehen im oben genannten Verfahren in Bezug auf den eingereichten Freiflächengestaltungsplan grundsätzlich weder naturschutzfachliche Einwände noch eine abweichende Auffassung.

Auf dem rd. 700 m² großen Teilgrundstück stehen straßenseitig zwei ortsbildprägende Bäume (Stagnationsphase, Stufe (1–) 2 nach Roloff): Eine Sommerlinde und eine Europäische Lärche bestimmen somit auch das Bild des Gartens, indem ihre Kronen im Südwesten und Westen gut 1/3 der Grundstücksfläche überschirmen. Diese Kronentraufe entspricht dem Wurzelraum der Bäume. Daher würde die Errichtung des vierten Stellplatzes mit einer Beseitigung der teils oberflächlich sichtbaren Starkwurzeln der Lärche einhergehen und den Baum nicht nur stark schädigen, sondern auch dessen straßenseitige Standsicherheit erheblich herabsetzen. Im Endeffekt bedeutet dies, dass die Lärche gefällt werden müsste. Daher findet der Antrag auf Befreiung von der Stellplatzsatzung baumschutzfachliche Unterstützung, zumal die Verwirklichung des besagten Stellplatzes egal in welcher Ausrichtung stets im Standraum der Lärche erfolgen würde.

Des Weiteren wird naturschutzfachlich begrüßt, dass für die Zufahrt und die Stellplätze wasserdurchlässige Bauprodukte Verwendung finden, welche die Versickerung des Niederschlagswassers ermöglichen und somit den Grad der baulichen Bodenversiegelung herabsetzen.

Folgende Auflagen werden zusätzlich bestimmt:

1. Die Standorte der vom Antragsteller im Zusammenhang mit der potentiellen Überschreitung der Baugrenze (s. Begründung 4c) genannten autochthonen Gehölze sind derart zu wählen und vorzubereiten, dass die arttypischen Standraumansprüche zukünftig in vollem Maße erfüllt und die vorschriftsmäßigen Abstände zu den vorhandenen und geplanten Grundstücksgrenzen eingehalten werden. Der Nachweis der Pflanzungen ist der Gemeinde unter Vorlage einer Handskizze des Grundstücks mit der namentlichen Eintragung und Nachweis der autochthonen Herkunft der Bäume und (Hecken-)Sträucher bekanntzugeben. Ersatzweise kann eine aussagekräftige Fotodokumentation der Ersatzpflanzung unter Angabe der Baugenehmigung per E-Mail an umwelt@pullach.de eingereicht werden.
2. Für die Zufahrt bzw. Stellplätze sind wasserdurchlässige Bauprodukte zu verwenden, welche bautechnisch den Zulassungen des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) zur Behandlung von Niederschlagswasser von Verkehrsflächen und dem Merkblatt Nr. 4.3/15 des Bayerischen Landesamtes für Umwelt entsprechen.
3. Zum Schutz der Bäume ist vor Beginn der Abriss- und Bauarbeiten gemäß dem Informationsblatt „Baumschutz auf Baustellen“ (s. Anlage 1) ein Wurzelschutzzaun mit einer Höhe von mindestens 2 m aufzustellen.

4. Dieser Schutzzaun ist im Umgriff der Kronentraufe zuzüglich 1,5 m, aus Holz und in fester Verankerung zu errichten. Straßenseitig schließt er mit der Grundstücksgrenze zum Gehweg ab. Der vom Zaun umgebene Schutzbereich ist von jeglichem Baustellenbetrieb einschließlich Lagerung freizuhalten
5. Anschließend ist ebenfalls vor Beginn der Abriss- und Bauarbeiten ein Vororttermin mit der Abteilung Umwelt zur Überprüfung der Umsetzung der Baumschutzeinrichtungen durchzuführen. Ersatzweise kann eine aussagekräftige Fotodokumentation der Schutzmaßnahmen unter Angabe des Baubescheides per E-Mail an umwelt@pullach.de vorgelegt werden.
6. Ungeachtet dessen darf der Wurzelraum = Kronentraufe des betroffenen Baumes nicht mit Fahrzeugen befahren werden.
7. Die Ver- und Entsorgungsleitungen sind außerhalb des Wurzelbereiches des zu schützenden Baumes zu verlegen.
8. Der Schutzzaun ist während der gesamten Bauzeit zu erhalten.
9. Trotz Schutzmaßnahmen freigelegte Wurzeln sind fachgerecht (vgl. DIN 18920 Ziff. 2.7) zu versorgen und mit einem Wurzelvorhang zu versehen.
10. Ein Kranbetrieb ist so einzurichten, dass der Hubbereich außerhalb der Baumkrone liegt. Beschädigungen des Astwerks und der Rinde müssen von vornherein ausgeschlossen werden.

Wir bitten die Genehmigungsbehörde, diese Auflagen und Empfehlungen gemäß Art. 18 Abs. 1 BayNatSchG in den Genehmigungsbescheid entsprechend aufzunehmen. (...)"

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0

TOP 5 Antrag auf Baugenehmigung zum Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage auf dem Anwesen An der Anton-Köck-Straße, Fl.-Nr. 227/42

Beschluss:

1. Der Antrag auf Baugenehmigung zum Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage wird unter der Maßgabe befürwortet, wenn das Grundstück wie beantragt real geteilt worden ist und die Erschließung für das Baugrundstück mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht gesichert ist. Das Landratsamt München wird gebeten dies als Auflage im Genehmigungsbescheid festzusetzen.
2. Das Einvernehmen zur Befreiung gemäß § 31 Abs. 2 BauGB wegen Überschreitung der Geschosßfläche um ca. 55 m² auf eine GFZ von 0,3779 (Ziffer A.3.c) wird unter der o.g. Bedingung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 10 „Richard-Wagner-Straße Süd“ erteilt.
3. Das Einvernehmen zur Befreiung gemäß § 31 Abs. 2 BauGB wegen Errichtung des 16 m² großen Pools außerhalb der überbaubaren Fläche (Ziffer A.2) wird unter der o.g. Bedingung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 10 „Richard-Wagner-Straße Süd“, 1. Bebauungsplanänderung erteilt.
4. Das Einvernehmen zur Ausnahme gemäß § 31 Abs. 1 BauGB wegen Errichtung einer Garage in einer Entfernung von ca. 30 m anstatt der erlaubten 20 m zur Straßenbegrenzungslinie (Ziffer A.8.a) wird unter der o.g. Bedingung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 10 „Richard-Wagner-Straße Süd“, 2. Bebauungsplanänderung erteilt.
5. Die Stellungnahme der Abteilung Umwelt wird Bestandteil des Beschlusses:

„(...) von Seiten der Abteilung Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz bestehen im oben genannten Verfahren in Bezug auf den eingereichten Freiflächengestaltungsplan grundsätzlich weder naturschutzfachliche Einwände noch eine abweichende Auffassung.

Sämtliche Eingriffe in den Gehölz- und Baumbestand und die daraus resultierenden Ersatzmaßnahmen wurden mit dem Bauherrn im Vorfeld abgeklärt. Die Fällungen der geschützten Sandbirke und Europäischen Lärche sind nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 BaumSchV zu genehmigen, da auf Antragstellerseite ein baurechtlicher Anspruch auf Genehmigung des Bauvorhabens besteht und dessen Verwirklichung ohne Entfernung der Bäume nicht möglich ist. In diesem Zusammenhang ist positiv hervorzuheben, dass unter Beachtung des Bauungsplanes ausschließlich heimische Stauden sowie Gehölz- und Baumarten Verwendung finden, die dem kleinörtlichen Naturhaushalt zum Vorteil gereichen werden. Des Weiteren wird naturschutzfachlich begrüßt, dass für den Zufahrtsbereich wasserdurchlässige Bauprodukte Verwendung finden, welche die Versickerung des Niederschlagswassers ermöglichen und somit den Grad der baulichen Bodenversiegelung herabsetzen. Außerdem wird die Doppelgarage mit Wirts- und Nektarpflanzen für den Insektenschutz extensiv begrünt.

Folgende Auflagen werden zusätzlich bestimmt:

11. Die Standorte der vom Antragsteller im Zusammenhang mit der potentiellen Überschreitung der Baugrenze (s. Begründung 4c) genannten autochthonen Gehölze sind derart zu wählen und vorzubereiten, dass die arttypischen Standraumansprüche zukünftig in vollem Maße erfüllt und die vorschriftsmäßigen Abstände zu den vorhandenen und geplanten Grundstücksgrenzen eingehalten werden. Der Nachweis der Pflanzungen ist der Gemeinde unter Vorlage einer Handskizze des Grundstücks mit der namentlichen Eintragung und Nachweis der autochthonen Herkunft der Bäume und (Hecken-)Sträucher bekanntzugeben. Ersatzweise kann eine aussagekräftige Fotodokumentation der Ersatzpflanzung unter Angabe der Baugenehmigung per E-Mail an umwelt@pullach.de eingereicht werden.
12. Für die Zufahrt sind wasserdurchlässige Bauprodukte zu verwenden, welche bautechnisch den Zulassungen des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) zur Behandlung von Niederschlagswasser von Verkehrsflächen und dem Merkblatt Nr. 4.3/15 des Bayerischen Landesamtes für Umwelt entsprechen.
13. Die Doppelgarage ist extensiv zu begrünen. Bei der Bepflanzung sind Wirts- und Nektarpflanzen für den Insektenschutz zu verwenden.

Wir bitten die Genehmigungsbehörde, diese Auflagen und Empfehlungen gemäß Art. 18 Abs. 1 BayNatSchG in den Genehmigungsbescheid entsprechend aufzunehmen. (...)

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0

TOP 6 Bauvoranfrage zum Neubau eines Mehrgenerationenhauses auf dem Anwesen Theodor-Körner-Str. 16, Fl.-Nr. 210/69

Beschluss:

1. Reicht die Anzahl der ausgewiesenen vier Stellplätze für das geplante Mehrgenerationenhaus aus? Eine Erstellung einer Tiefgarage ist bei der Situation der zu erhaltenden Eiche nicht ausführbar.

Auch wenn das geplante Gebäude 2 Eingänge hat, ist es gemäß dem eingereichten Entwurfsplan vom 24.10.2018 ein Wohngebäude mit 1 Wohneinheit. Bei einer ausgewiesenen

Wohnfläche von 256 m² sind gemäß § 3 Abs. 1 der Stellplatzsatzung 4 Stellplätze nachzuweisen. D.h., dass die geplanten 4 Stellplätze ausreichen und eine Zustimmung, wie in der Bauvoranfrage vom 24.10.2018 beantragt, in Aussicht gestellt werden kann. Der Stellplatznachweis ist im Baugenehmigungsverfahren zu führen.

2. Wird die Berechnung bezüglich der GRZ und GFZ wie angegeben, durch die Gemeinde zugestimmt?

Das geplante Mehrgenerationenhaus hält mit einer GRZ von 0,1672 die im Bebauungsplan festgesetzte GRZ von max. 0,20 ein.

Die geplante GFZ liegt für das geplante Bauvorhaben bei 0,3984. D.h., dass die im Bebauungsplan festgesetzte GFZ von 0,30 um ca. 79 m² überschritten wird. Wie in der Bauvoranfrage vom 24.10.2018 beantragt, kann die Zustimmung zur Befreiung vom Bebauungsplan bis max. 0,40 in Aussicht gestellt werden. Die entsprechenden Berechnungen (GRZ, GFZ, Vollgeschoßnachweis) sind im Baugenehmigungsverfahren zu führen.

3. Wird den geplanten Überschreitungen der Baugrenze mit dem erdgeschossigen Anbau sowie der Errichtung eines Geräteschuppens an der östlichen Grundstücksgrenze zugestimmt?

Wie in der Bauvoranfrage vom 24.10.2018 beantragt, kann die Zustimmung zur Befreiung wegen Überschreitung der überbaubaren Fläche mit dem erdgeschossigen Anbau um 2,50 m sowie der Errichtung eines Geräteschuppens komplett außerhalb der Baugrenze in Aussicht gestellt werden.

4. Die Stellungnahme der Abteilung Umwelt wird Bestandteil des Beschlusses:
„(...) von Seiten der Abteilung Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz bestehen im oben genannten Verfahren in Bezug auf die eingereichten Planungen grundsätzlich keine naturschutzfachlichen Einwände.

Über diese Ersteinschätzung zur Bauvoranfrage hinaus, ist nachdrücklich hervorzuheben, dass die architektonischen Planungen des Gebäudes offenbar dahingehend ausgerichtet worden sind, dass gleichsam um eine geschützte und ortsbildprägende Eiche „herumgebaut“ werden solle. Zudem wurden bereits zum jetzigen Planungsstand baumschutzfachliche Maßnahmen dargestellt, welche auf eine höchste Verträglichkeit der baulichen Eingriffe für den Baum und eine hohe und vorausschauende Achtsamkeit schließen lassen. Weiter ist artenschutzrechtlich positiv zu bewerten, dass im Gebäude tierische Habitate integriert werden sollen.

Die besagte Eiche ist eine der ältesten ihrer Art in Pullach. Da sie zudem sehr vital ist und daher ein sehr hohes Baumalter in Aussicht steht, findet das Bauvorhaben unsere vollste naturschutzfachliche Unterstützung. Unabhängig davon bitten wir im Hinblick auf die weitergehenden Bauplanungen, die Themenkomplexe extensive Begrünung von Flachdächern, wasserdurchlässige Zufahrten und Wege sowie die noch ausstehende Freiflächenplanung unter Beachtung des Bebauungsplanes mit unserem Ressort vor Einreichung des Bauantrages abzustimmen. (...)

Hinweis an den Antragsteller:

1. Es wird empfohlen, dass mit dem Landratsamt München die bauordnungsrechtlichen Vorschriften (Abstandsflächen) besprochen werden.
2. Sollte zu einem späteren Zeitpunkt ein Antrag auf Nutzungsänderung für 2 oder mehr Wohneinheiten gestellt werden, hat dies Auswirkungen auf die Anzahl der nachzuweisenden Stellplätze.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0

TOP 7 Antrag auf Baugenehmigung zum Neubau eines Einfamilienhauses mit Tiefgarage und Stellplätze auf dem Anwesen Georg-Kalb-Str. 12a, Fl.-Nr. 426/9

Beschluss:

1. Der Antrag auf Baugenehmigung zum Neubau eines Einfamilienhauses mit mit Tiefgarage und Stellplätzen wird unter der Maßgabe befürwortet, wenn die Erschließung für die Grundstücke mit den Fl.-Nrn. 426/18, 426/19, 426/20 und 426/21 mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten gesichert ist. Das Landratsamt München wird gebeten dies als Auflage im Genehmigungsbescheid festzusetzen.
2. Das Einvernehmen zur Befreiung gemäß § 31 Abs. 2 BauGB wegen Errichtung des Wohngebäudes um 4,50 m im Osten sowie wegen Errichtung des Schwimmteichs um ca. 3,50 m im Süden außerhalb der überbaubaren Fläche (Ziffer A.4.c) wird unter der o.g. Bedingung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 1 „Großhesselohe“ erteilt.
3. Die Stellungnahme der Abteilung Umwelt wird Bestandteil des Beschlusses:
„(...) von Seiten der Abteilung Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz bestehen im oben genannten Verfahren in Bezug auf den eingereichten Freiflächengestaltungsplan grundsätzlich weder naturschutzfachliche Einwände noch eine abweichende Auffassung. Sämtliche Eingriffe in den Gehölz- und Baumbestand und die daraus resultierenden Ersatzmaßnahmen wurden mit dem zuständigen Planungsbüro im Vorfeld und im Kontext mit den anderen Parzellen abgestimmt. Des Weiteren waren die Unteren Naturschutz- und Forstbehörden direkt am Verfahren beteiligt, da gemäß der Bauleitplanung ein erheblicher Flächenanteil für die Forstwirtschaft ausgewiesen ist. Die inhaltliche und graphische Umsetzung entspricht somit auch den waldgesetzlichen Bestimmungen.

Der östliche Teil des Anwesens hat im Bebauungsplan die Widmung „Fläche für die Forstwirtschaft“. Diese mit Forstpflanzen bestockte Teilfläche auf dem Grundstück ist „Wald i. S. des Art. 2 Bayerisches Waldgesetz“. Eingriffe in diesen Bereich des Grundstücks werden daher im Vollzug des Waldgesetzes für Bayern geregelt. Dieser liegt im Wirkungskreis der Unteren Forstbehörde, dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF). Die Rückmeldung des zuständigen Revierleiters, Herrn Hinner vom AELF Ebersberg (s. Anlage, E-Mail 15.11.2017) zum Besichtigungstermin am 14.11.2017 wird daher Bestandteil der Stellungnahme:

„(...) Man wollte sich eher darüber informieren, welche Rechte und Pflichten man bei der weiteren Bewirtschaftung hat (bzw. wie weit man gehen kann).

Ich habe daher die Teilnehmer im Hinblick auf etwaige Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Verkauf der Grundstücke beim Begang insbesondere auf Art. 14 BayWaldG hingewiesen: (1) Der Wald ist im Rahmen der Zweckbestimmung dieses Gesetzes sachgemäß zu bewirtschaften und vor Schäden zu bewahren.

Im Einzelnen wurden folgende Punkte besprochen:

- *Eine Verkehrssicherungsmaßnahme ist nötig.*
- *Eine Entnahme einzelner Bäume ist möglich und selbstverständlich erlaubt.*
- *Die großflächige Rasenschnittablagerung im Wald und die Freischneiderarbeiten, die das Aufkommen von Verjüngung unterbinden, sind ab sofort zu unterlassen (der Waldboden braucht auch keinen „externen Dünger“...).*

- *Ein Aufasten diverser starker Altfichten ist zwar nicht sachgemäß aber auch nicht verboten.*
- *Eine Zaunteilung des Waldstücks ist genehmigungspflichtig.*
- *Altlasten wie die Holzhütte mit Betonsockel sind grundsätzlich genehmigungspflichtig, genießen i. d. Fall aber evtl. Bestandsschutz, da vor Inkrafttreten des BayWaldG erstellt.*
- *Sonstiges: Den am Waldrand befindlichen Weiher würde ich bei geplanten Änderungen empfehlen, rechtzeitig artenschutzrechtlich zu prüfen (evtl. Laichhabitat für Bergmolch, Grasfrosch, Jagdgebiet Ringelnatter).*
- *Bei der Verkehrssicherung habe ich aus aktuellem Anlass auf die Problematik bzgl. Vernichtung Spaltenquartiere für Fledermäuse hingewiesen. (...).*

Zur Überprüfung des Vorhandenseins von tierischen Wohnstätten bzw. zur Vermeidung eines möglichen Verstoßes gegen die Artenschutzverordnung (§ 44 BNatSchG) in Bezug auf die baulichen Anlagen im Wald (Weiher), ist von Seiten des Bauherrn vor Beginn der Abriss- und Bauarbeiten der Kontakt zur Unteren Naturschutzbehörde (UNB) aufzunehmen. Dabei müssen Regelungen zu den genannten Feuchtbiotopen in Form von Schutzbereichen und einem dementsprechenden Mähplan auf der sich unmittelbar anschließenden Grünfläche getroffen werden.

Auf dem Anwesen können baumschutzfachlich zwei Blutbuchen und zwei Schwarzkiefern erhalten werden. In diesem Zusammenhang ist der Bescheid zur Baumfällung, Az. Sg41_1735_17180, vom 27.11.2017 (s. Anlage) zu beachten. Ergänzend werden zum Schutz und Erhalt der Bäume im Hinblick auf die Abriss- und Bauarbeiten folgende Empfehlungen und Auflagen gegeben:

1. Für die Zufahrt bzw. Stellplätze und Wege sind wasserdurchlässige Bauprodukte zu verwenden, welche bautechnisch den Zulassungen des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) zur Behandlung von Niederschlagswasser von Verkehrsflächen und dem Merkblatt Nr. 4.3/15 des Bayerischen Landesamtes für Umwelt entsprechen.
2. Zum Schutz der Bäume sind vor Beginn der Abriss- und Bauarbeiten gemäß dem Informationsblatt „Baumschutz auf Baustellen“ (s. Anlage) Wurzelschutzzäune mit einer Höhe von mindestens 2 m aufzustellen.
3. Der Verlauf der Schutzzäune entspricht dem Eintrag im Freiflächengestaltungsplan. Er ist aus Holz und in fester Verankerung zu errichten.
4. Anschließend ist ebenfalls vor Beginn der Abriss- und Bauarbeiten ein Vororttermin mit der Abteilung Umwelt zur Überprüfung der Umsetzung der Baumschutzeinrichtungen durchzuführen. Ersatzweise kann eine aussagekräftige Fotodokumentation der Schutzmaßnahmen unter Angabe dieses Bescheides per E-Mail an umwelt@pullach.de vorgelegt werden.
5. Ungeachtet dessen darf der Wurzelraum = Kronentraufe der betroffenen Bäume nicht mit Fahrzeugen befahren werden.
6. Die Ver- und Entsorgungsleitungen sind außerhalb des Wurzelbereiches des zu schützenden Baumes zu verlegen.
7. Die Schutzzäune sind während der gesamten Bauzeit zu erhalten.
8. Die vom Zaun umgebenen Schutzbereiche sowie der Bereich östlich der Baugrenze sind von jeglichem Baustellenbetrieb einschließlich Lagerung und Aushub freizuhalten.
9. Trotz Schutzmaßnahmen freigelegte Wurzeln sind fachgerecht (vgl. DIN 18920 Ziff. 2.7) zu versorgen und mit einem Wurzelvorhang zu versehen.
10. Ein Kranbetrieb ist so einzurichten, dass der Hubbereich außerhalb der Baumkrone liegt. Beschädigungen des Astwerks und der Rinde müssen von vornherein ausgeschlossen werden.
11. Flachdächer sind extensiv zu begrünen. Bei der Bepflanzung sind Wirts- und Nektarpflanzen für den Insektenschutz zu verwenden.

Im naturschutzfachlichen Sinne ist besonders die Anlage einer Hecke statt eines Zaunes als Begrenzung zum nördlichen Grundstücksnachbar jenseits der Bebauungsgrenze hervorzuheben. Zwar geht diese Maßnahme mit dem Bayerischen Waldgesetz konform, zeigt aber darüber hinaus, welch hohen Stellenwert der Antragsteller der Förderung des Naturhaushaltes zuteil lassen werde, nachdem der Baumbestand auf den Bauparzellen in erheblichem Umfang gemindert werden wird.

Bei der Artenzusammensetzung dieser ausdrücklich natürlich zu belassenden Hecke sind nach Abklärung mit der Abteilung Umwelt ausschließlich einheimische Gehölze zu verwenden.

Der Anlage eines naturnahen Schwimmteiches findet im Hinblick auf eine etwaig positive Wirkung zur kleinörtlichen Biodiversität Unterstützung.

Da nicht davon ausgegangen werden kann, dass weder der Verkauf noch die Bebauung der Einzelgrundstücke gleichzeitig umgesetzt werden, sind die Ersatzpflanzungen für die gefälltten Bäume und Gehölze, welche im sachlichen Zusammenhang mit dem Abriss des Bestandsgebäudes und der Errichtung der Erschließungswege stehen, gemäß dem Freiflächengestaltungsplan „Gesamt“ spätestens zwei Jahre nach der Fällung vorzunehmen.

Wir bitten die Genehmigungsbehörde, die landschaftsarchitektonischen Planungen, o. g. Bestimmungen sowie die Auflagen des o. g. Bescheides gemäß Art. 18 Abs. 1 BayNatSchG in den Genehmigungsbescheid aufzunehmen. (...)

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0

GR Burges gibt zu Protokoll, dass er nach Art. 49 Gemeindeordnung (GO) persönlich beteiligt ist und nicht an der Beratung sowie Abstimmung teilnimmt.

TOP 8	Antrag auf Baugenehmigung zum Neubau eines Einfamilienhauses sowie einer Garage und zweier Stellplätzen auf dem Anwesen Wettersteinstr. 29, Fl.-Nr. 441/36
--------------	---

Beschluss:

1. Der Antrag auf Baugenehmigung zum Neubau eines Einfamilienhauses sowie einer Garage und zweier Stellplätze wird befürwortet.
2. Das Einvernehmen zur Befreiung gemäß § 31 Abs. 2 BauGB wegen Unterschreitung der erforderlichen 5,0 m Mindestabstand zur Straßenbegrenzungslinie um 1,0 m (Ziffer A.8.a) wird von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 1 „Großhesselohle“ erteilt.
3. Die Stellungnahme der Abteilung Umwelt wird Bestandteil des Beschlusses:
„(...) von Seiten der Abteilung Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz bestehen im oben genannten Verfahren in Bezug auf den eingereichten Freiflächengestaltungsplan grundsätzlich weder naturschutzfachliche Einwände noch eine abweichende Auffassung. Sämtliche Eingriffe in den Gehölz- und Baumbestand und die daraus resultierenden Ersatzmaßnahmen wurden mit dem zuständigen Planungsbüro im Vorfeld abgestimmt.

Folgende Auflagen werden zusätzlich bestimmt:

1. Für die Zufahrt bzw. Stellplätze und Wege sind wasserdurchlässige Bauprodukte zu verwenden, welche bautechnisch den Zulassungen des Deutschen Instituts für Bau-

technik (DIBt) zur Behandlung von Niederschlagswasser von Verkehrsflächen und dem Merkblatt Nr. 4.3/15 des Bayerischen Landesamtes für Umwelt entsprechen.

2. Flachdächer sind grundsätzlich bei Eignung extensiv zu begrünen. Bei der Bepflanzung sind Wirts- und Nektarpflanzen für den Insektenschutz zu verwenden.

Wir bitten die Genehmigungsbehörde, diese Auflagen und Empfehlungen gemäß Art. 18 Abs. 1 BayNatSchG in den Genehmigungsbescheid entsprechend aufzunehmen. (...)"

Hinweis an den Antragsteller:

Die Gemeinde Pullach i. Isartal weist darauf hin, dass im Dachgeschoss keine Aufenthaltsräume mehr errichtet werden können, denn die max. zul. GFZ gemäß Bebauungsplan von 0,40 wird im EG und OG verbraucht und ist damit ausgeschöpft. Einer Zustimmung zur Überschreitung sowie einer Befreiung der GFZ kann nicht in Aussicht gestellt werden.

Hinweis ans Landratsamt München:

Das Landratsamt München wird gebeten den Einfriedungsplan an der öffentlichen Straße zur Wettersteinstraße nachzufordern. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Zustimmung zur Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes nicht in Aussicht gestellt werden kann. Ferner wird das Landratsamt München gebeten, die Belichtungsberechnung bzw. die GFZ-Berechnung für das Dachgeschoss auf seine Richtigkeit zu überprüfen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0

TOP 9 Antrag auf Baugenehmigung zum Umbau eines Einfamilienhauses und Erweiterung einer Doppelgarage auf dem Anwesen Wolfratshäuser Str. 39, Fl.-Nr. 210/45

Beschluss:

1. Der Antrag auf Baugenehmigung zum Umbau eines Einfamilienhauses und Erweiterung einer Doppelgarage wird zurückgestellt, da der eingereichte Antrag aus naturschutzfachlichen Gründen abgelehnt wird (siehe Stellungnahme Abteilung Umwelt unter Ziffer 2.).
2. Die Stellungnahme der Abteilung Umwelt wird Bestandteil des Beschlusses:
„(...) **von Seiten der Abteilung Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz bestehen im oben genannten Verfahren in Bezug auf die eingereichten Dokumente erhebliche natur- und baumschutzfachliche Einwände. Diese beziehen sich inhaltlich in allen Punkten auf die dem Bauantrag vorangegangene Bauvoranfrage des Antragstellers (s. Stellungnahme Abt. 4, Az. Sg41_1735_17190), insbesondere auf das Fehlen eines Baumbestands- bzw. Freiflächengestaltungsplanes.**

Daher besitzt folgender Textauszug der besagten Stellungnahme v. 04.12.2017 sachlich weiterhin Gültigkeit:

„... von Seiten der Abteilung Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz bestehen zur oben genannten Bauvoranfrage in Bezug auf die eingereichten Unterlagen, insbesondere in Bezug auf die Planvorlagen, folgende naturschutzfachliche Einwände und Hinweise:

Durch das Bauvorhaben sind Bäume betroffen, welche unter den Schutzgegenstand der Baumschutzverordnung der Gemeinde Pullach i. Isartal fallen, allerdings planerisch noch nicht dargestellt worden sind. Zum einen handelt es sich im Bereich der nördlichen Grundstücksgrenze um eine Hainbuche und zum anderen um eine noch nicht durchgeführte Ersatzpflanzung (s. Bescheid v. 18.01.2017; Az. Sg41_1735_br/br_17002; Fristverlängerung

bis 08/17). Die Auflage der Ersatzpflanzung beinhaltet eine autochthone Stieleiche. Im Falle der Hainbuche liegt ein Grenzbaum mit dem Flurstück Nr. 210/91 vor. Das Eigentum an dem Baum teilt sich der Antragsteller mit dem nördlichen Grundstücksnachbar. Im Zusammenhang mit der Geschoßerhöhung und der Neuerrichtung der südlichen Garage sind mit der Abteilung Umwelt etwaig notwendige Rückschnitte an der Hainbuche und die Standortwahl der Stieleiche im Hinblick auf die Baumschutzverordnung abzuklären. Beide Bäume sind in den zukünftigen Baumbestands- bzw. Freiflächengestaltungsplan nachzutragen. Durch den Garagenbau werden rund 10 – 15 m² einer Hecke beseitigt und überbaut. Insgesamt würden durch das Bauvorhaben zusätzlich rund 60 m² Boden versiegelt werden. In diesem Zusammenhang wird empfohlen, diesen Flächenverlust in der Planung vorab kompensatorisch in Form einer extensiven Dachbegrünung der Garage und einer Verwendung von heimischen Sträuchern für die Neuanlage der Hecke zu berücksichtigen.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass im Falle von Höhlungen und sonstigen tierischen Quartieren in Baum und Hecke vor dem Entfernen bzw. während der Bauarbeiten sicherzustellen ist, dass keine Tiere diese als Niststätte (s. § 39 BNatSchG) oder als Lebensraum (s. § 44 Abs. 1 BNatSchG) nutzen. Insbesondere ist daher im Hinblick auf den Zeitpunkt der Beseitigung der Hecken § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG zu beachten. ...“

Aus diesen Gründen erfolgt hiermit die naturschutzfachliche Ablehnung des Antrages. Im Falle einer Wiedervorlage sind für den einzureichenden Baumbestands- bzw. Freiflächengestaltungsplan insbesondere oben zitierter Inhalt zu berücksichtigen und etwaige weitere Planungen dahingehend auszurichten. Ergänzend wird gebeten, im Hinblick auf den Grad der Versiegelung und den damit verbundenen Wasserhaushalt des Anwesens mögliche bauliche Lösungen mit unserem Ressort abzustimmen. (...)“

Hinweis an den Antragsteller:

1. Die Darstellung der Pläne muss nach der Bauvorlageverordnung (BauVorIV) erfolgen, insbesondere die bestehenden und die neu zu errichteten Gebäudeteile sind entsprechend darzustellen.
2. Die Vermassung der Gauben ist in den Plänen noch vorzunehmen. Zeichnerisch sind die Gauben in den Plänen mit knapp unter 2,30 m Höhe dargestellt. Sollten die Gauben größer oder klein 2,30 m in der Höhe geplant werden, dann wäre das Dachgeschoss ein drittes Vollgeschoss und würde vom Bebauungsplan abweichen! Die Zustimmung zur Befreiung kann nicht in Aussicht gestellt werden.
3. Der in den Bauantragsunterlagen fehlende Einfriedungsplan zur öffentlichen Straße (Wolf- ratshauer Straße) ist noch nachzureichen. Die Einfriedung muss gemäß der im Bebauungsplan festgesetzten Bestimmung geplant werden. Die Zustimmung zur Befreiung kann nicht in Aussicht gestellt werden.
4. Sollten die geforderten Unterlagen nicht eingereicht werden, muss der Antrag abgelehnt werden.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0

TOP 10 Antrag auf isolierte Befreiung zum Neubau einer Doppelgarage auf dem Anwesen Wolf- ratshauer Str. 75, Fl.-Nr. 284/15

Beschluss:

1. Der Antrag zum Neubau einer Doppelgarage wird befürwortet, aber nach Ansicht des Bauausschusses liegt kein Befreiungstatbestand vor. Das an der nördlichen Grundstücksgrenze des südlich angrenzenden Grundstücks errichtete Gebäude ist ein Rad- und Geräteschuppen keine Garage. Deshalb findet die Festsetzung Ziffer A.8.b des Bebauungsplanes Nr. 15 „Gartenstadt“ die besagt, dass wenn Garagen an der gemeinsamen Grundstücksgrenze errichtet werden, diese zusammenzubauen und mit gleicher Höhe, Dachneigung und Dachendeckung sowie einheitlicher Vorderfront zu gestalten sind, keine Anwendung.
2. Die Stellungnahme der Abteilung Umwelt erhält der Antragsteller als Hinweis bzw. nachrichtlich:
„(...) von Seiten der Abteilung Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz bestehen im oben genannten Verfahren in Bezug auf den eingereichten Freiflächengestaltungsplan grundsätzlich weder naturschutzfachliche Einwände noch eine abweichende Auffassung.“

Folgende Auflagen werden zusätzlich bestimmt:

1. Für die Zufahrt und Wege sind im Hinblick auf den hohen Versiegelungsgrad des Grundstücks wasserdurchlässige Bauprodukte zu verwenden, welche bautechnisch den Zulassungen des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) zur Behandlung von Niederschlagswasser von Verkehrsflächen und dem Merkblatt Nr. 4.3/15 des Bayerischen Landesamtes für Umwelt entsprechen.
2. Das Flachdach der Doppelgarage ist extensiv zu begrünen. Bei der Bepflanzung sind Wirts- und Nektarpflanzen für den Insektenschutz zu verwenden.

Wir bitten die Genehmigungsbehörde, diese Auflagen und Empfehlungen gemäß Art. 18 Abs. 1 BayNatSchG in den Genehmigungsbescheid entsprechend aufzunehmen. (...)“

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0

TOP 11 Antrag auf isolierte Befreiung zur Erhöhung der Werkseinfriedung auf 2,0 m auf dem Anwesen Dr.-Carl-von-Linde-Str. 6-14, Fl.-Nrn. 379

Beschluss:

1. Der Antrag auf isolierte Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes zur Erhöhung der Werkseinfriedung auf 2,00 m wird genehmigt.
2. Das Einvernehmen zur Befreiung von § 31 Abs. 2 BauGB wegen Errichtung einer Einfriedung von 2,00 m Höhe anstatt der max. zulässigen 1,70 m (Ziffer A.5.d) wird von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 30 „Südlich der Dr.-Carl-von-Linde-Straße / Teil Ost“ erteilt.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0

TOP 12 Antrag auf isolierte Befreiung zur Überdachung vorhandener offener Stellplätze auf dem Anwesen Pater-Rupert-Mayer-Str. 38, Fl.-Nr. 225/10

Beschluss:

1. Der Antrag auf isolierte Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes zur Überdachung von zwei vorhandener offener Stellplätze wird unter der Maßgabe genehmigt, wenn die Seitenwände der Stellplatzüberdachung 3-seitig offen gehalten werden.
2. Das Einvernehmen zur Befreiung von § 31 Abs. 2 BauGB wegen Errichtung einer Stellplatzüberdachung außerhalb der überbaubaren Fläche im 5,0 m – Bereich zur Straßenbegrenzungslinie (Ziffer A.8.a, 2. Bebauungsplanänderung) wird unter der o.g. Bedingung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 10 „Richard-Wagner-Straße Süd“, 2. Bebauungsplanänderung erteilt.
3. Die Stellungnahme der Abteilung Umwelt wird Bestandteil des Beschlusses:
„(...) von Seiten der Abteilung Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz bestehen im oben genannten Verfahren in Bezug auf den eingereichten Plan grundsätzlich weder naturschutzfachliche Einwände noch eine abweichende Auffassung.“

Folgende Auflage wird zusätzlich bestimmt:

1. Das Flachdach des Carports ist im Hinblick auf den Versiegelungsgrad und den Wasserhaushalt des Anwesens extensiv zu begrünen. Bei der Bepflanzung sind Wirts- und Nektarpflanzen für den Insektenschutz zu verwenden.

Wir bitten die Genehmigungsbehörde, diese Auflage gemäß Art. 18 Abs. 1 BayNatSchG in den Genehmigungsbescheid entsprechend aufzunehmen. (...)

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0

TOP 13 Antrag auf isolierte Befreiung zum Neubau eines Carports und Toranlage auf dem Anwesen Kastanienallee 11, Fl.-Nr. 797
--

Beschluss:

1. Der Antrag auf isolierte Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes zum Neubau eines Carports und einer Toranlage wird unter der Maßgabe genehmigt, wenn die Seitenwände des Carports 3-seitig offen gehalten werden und die geplante Baumaßnahme mit dem Baumschutz vereinbar ist (siehe Ziffer 3.).
2. Das Einvernehmen zur Befreiung von § 31 Abs. 2 BauGB wegen Errichtung einer Stellplatzüberdachung außerhalb der überbaubaren Fläche im 5,0 m – Bereich zur Straßenbegrenzungslinie (Ziffer A.8.a) wird unter der o.g. Bedingung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 1 „Großhesselohe“ erteilt.
3. Die Stellungnahme der Abteilung Umwelt wird Bestandteil des Beschlusses:
„(...) von Seiten der Abteilung Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz bestehen im oben genannten Verfahren in Bezug auf den eingereichten Freiflächengestaltungsplan grundsätzlich weder naturschutzfachliche Einwände noch eine abweichende Auffassung. Sämtliche Eingriffe in den Gehölz- und Baumbestand und die daraus resultierenden Ersatzmaßnahmen wurden mit dem zuständigen Planungsbüro im Vorfeld abgestimmt.“

Der Antragsteller beabsichtigt für den Grundstückseigentümer ein Carport mit Flachdach als einfache Stahlkonstruktion zu errichten. Auf dem Grundstück steht östlich neben dem geplanten Carport in ca. 2 m Entfernung ein Spitzahorn (Acer platanoides). Dieser ist ca. 15 m hoch mit einem Stammumfang von 130 cm einem Kronentrauf von ca. 6 m. Aufgrund seiner Vitalität ist der Baum unbedingt erhaltenswert.

Folgende baumschutzfachlichen Auflagen werden bestimmt:

1. Für die Zufahrt und Wege sind im Hinblick auf den Versiegelungsgrad des Grundstücks wasserdurchlässige Bauprodukte zu verwenden, welche bautechnisch den Zulassungen des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) zur Behandlung von Niederschlagswasser von Verkehrsflächen und dem Merkblatt Nr. 4.3/15 des Bayerischen Landesamtes für Umwelt entsprechen. Der Verlust an Niederschlagsfläche durch die Dachkonstruktion soll somit durch Versickerung des Niederschlagswassers auch im Baumbereich ausgeglichen werden.
2. Das Flachdach Carports ist bei Eignung extensiv zu begrünen. Bei der Bepflanzung sind Wirts- und Nektarpflanzen für den Insektenschutz zu verwenden.
3. Die Errichtung der Stahlstützen hat auf Punktfundamenten mit Aushub in Handgrabung (kein Baggereinsatz, max. 40x40 cm, Tiefe ca. 40 cm) zu erfolgen.
4. Das allgemein gültige Regelwerk DIN 18920 und RAS-LP 4 ist zu beachten. Somit sind Überfahrungen oder Ablagerungen im Wurzelbereich (normalerweise Kronentrauf plus 1,5 m) und Beschädigungen am Stamm auszuschließen.
5. Bei Anlieferung der Carport-Konstruktion und Einbau mittels mobilem Autokran ist darauf zu achten, dass durch Kranschwenkungen keine Beschädigungen der Baumkrone erfolgen.

Wir bitten die Genehmigungsbehörde, diese Auflagen und Empfehlungen gemäß Art. 18 Abs. 1 BayNatSchG in den Genehmigungsbescheid entsprechend aufzunehmen. (...)

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0

TOP 14 Wiedervorstellung des Entwurfs von der Überarbeitung der Satzung über die Nachweispflichten von Garagen, Stell- und Abstellplätzen (Stellplatzsatzung)

GR Zechmeister beantragt den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 4

GRin Stöhr gibt zu Protokoll das sie für die Vertagung gestimmt hat, da wegen den Herbstferien (Urlaub etc.) keine Fraktionssitzung der Grünen habe stattfinden können.

TOP 15 Allgemeine Bekanntgaben

keine

Vorsitzende
Susanna Tausendfreund
Erste Bürgermeisterin

Schriftführer
Alfred Vital